



Gerhard Christe

Lebenslagen junger Menschen – Probleme der beruflichen und sozialen Integration junger Menschen in Deutschland

Vortrag bei der BBJ-Fachtagung zum Thema
„Hartz und Europa – Was können wir von Europa
für die Integration junger Menschen in Arbeit lernen?“
am 15. und 16. September 2004 in Berlin

September 2004

Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe
Haarenfeld 7 ◦ 26129 Oldenburg ◦ Tel. (0441) 9 73 88 37 ◦ Fax (0441) 9 73 88 39
Email: gerhard.christe@iaj-oldenburg.de
Internet: www.iaj-oldenburg.de

Lebenslagen junger Menschen – Probleme der beruflichen und sozialen Integration junger Menschen in Deutschland

Gerhard Christe

Einleitung

Ich bin gebeten worden, einen Überblick über die aktuellen Lebenslagen junger Menschen in Deutschland und die sich daraus ergebenden – oder damit in Zusammenhang stehenden – Probleme ihrer beruflichen und sozialen Integration zu geben. Dies ist angesichts der zur Verfügung stehenden Zeit sicherlich nur in wenigen Stichworten möglich. Das muss aber kein Nachteil sein, denn das erlaubt mir, stärker zuzuspitzen.

Die Veranstalter haben sich – wenn ich das richtig verstanden habe – gedacht, dass mein Beitrag den Blick von der gestern geführten europäischen Debatte auf die in Deutschland geführte Debatte lenken soll, damit heute in den Arbeitsgruppen dann diskutiert wird, welche Anforderungen an die deutsche Reform unter Bezug auf die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern zu stellen sind. Zu dieser Diskussion möchte ich ein paar Anregungen geben.

Ich habe meinen Vortrag so aufgebaut:

1. Zentraler Bezugspunkt für Reformen
2. Einige Befunde zur Situation junger Menschen in Deutschland
3. Förderangebote
4. Perspektiven und Folgerungen
5. Fazit

1. Zentraler Bezugspunkt für Reformen

„Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ war das Leitmotiv des Elften Kinder- und Jugendberichts, der im Jahr 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt worden ist. Dieser Bericht hat ein neues Verständnis von öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen gefordert:

„Staat und Gesellschaft müssen die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen so gestalten, dass die Eltern und die jungen Menschen für sich selbst und für einander Verantwortung tragen können“ (Elfter Kinder- und Jugendbericht, 2002, S. 42).

Der Kinder- und Jugendbericht kommt zu dem Schluss, dass die Modernisierung des Sozialstaates im Hinblick auf die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen einen Perspektivwechsel verlangt, hin zu einer *politischen* Gestaltung und Sicherung

der sozialen Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Kinder- und Jugendhilfe – so der Bericht – gehöre als Bestandteil der allgemeinen sozialen Infrastruktur heute zur sozialpolitischen *Grundversorgung* in der Bundesrepublik. Deren Aufgabe sei es, *alle* Kinder und Jugendlichen bei der Erfüllung ihrer Entwicklungsaufgaben und bei der Bewältigung ihrer Lebensprobleme zu fördern (ebd.).

Ich brauche hier sicherlich nicht weiter auszuführen, dass es noch so manches zu tun gibt, um dieses Postulat – an dem sich meines Erachtens eine Reform zugunsten Jugendlicher wesentlich zu orientieren hätte – *konkrete* Realität werden zu lassen.

2. Einige Befunde zur Situation junger Menschen in Deutschland

2.1 Allgemeine Entwicklung

Im Folgenden möchte ich zunächst einige allgemeine Befunde skizzieren, die wesentlich für die aktuelle Situation junger Menschen sind. Ich beziehe mich dabei hauptsächlich auf Frank Braun, der Veränderungen des Übergangs von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung sowie die Veränderungen der Erwerbsarbeit in der Jürgen Thiel gewidmeten Festschrift (siehe Bonifer-Dörr/Vock 2004) sehr schön zusammengefasst hat. Demnach gilt:

- „Der Erwerb des Arbeitsvermögens ist nicht länger eine zeitlich begrenzte, sondern eine unabgeschlossene Aufgabe. Der schnelle Wandel beruflicher Anforderungen erfordert ‚lebenslanges Lernen‘. Dafür müssen in der Jugendphase Grundlagen gelegt werden. Dies geschieht in sehr unterschiedlicher Weise. Für die einen werden Optionen eröffnet und erweitert, durch schulisches wie auch außerschulisches Lernen. Für andere verengen sich die Lernmöglichkeiten.
- Der Zeitraum, in dem der erste anerkannte Ausbildungsabschluss erworben wird, hat sich für viele Gruppen von Jugendlichen verlängert. Die Übergänge sind unübersichtlicher geworden, die Abfolge von Stationen ist zum Teil schwer planbar. Umwege sind normal, Sackgassen ein erhöhtes Risiko. Schon jetzt ist es so, dass die kompliziertesten Wege durch das Übergangssystem von denen begangen werden müssen, die dafür am schlechtesten vorbereitet sind. Die Frage ist, inwiefern derzeit in der Entwicklung befindliche Strategien (‚Förderung aus einem Guss‘, ‚Kompetenzagenturen‘) hier Abhilfe zu schaffen vermögen.
- Die Einmündung in dauerhaft stabile Erwerbsarbeit zu einem präzise zu bestimmenden Zeitpunkt gelingt häufig nicht. Erwerbsverläufe sind sowohl durch freiwillige Wechsel als auch durch unfreiwillige Brüche bzw. Statusveränderungen charakterisiert. Der Berliner Arbeitsmarkt- und Politikforscher Günter Schmid hat darauf hingewiesen, dass Wechsel und Statusveränderungen abgesichert werden

müssen, damit sie Brückenfunktion erfüllen und Brüche vermeiden helfen.¹ Sozial- und Arbeitsmarktpolitik können dies flankierend unterstützen, sie können es aber auch erschweren und verhindern.

- Hinsichtlich der für die Erwerbsarbeit erforderlichen fachlichen Qualifikationen wird ein genereller Anstieg von Anforderungen erwartet: Hier wird insbesondere ein umfassendes informationstechnisches Wissen als unverzichtbare Basisqualifikation für – fast – alle Tätigkeiten antizipiert. (Braun fragt deshalb): Wird eine wachsende Zahl von Jugendlichen von Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzt werden, weil sie diesen Mindestanforderungen nicht gerecht wird?
- Auf der Ebene ‚extrafunktionaler‘ Qualifikationen wird ein Bedeutungszuwachs neuer Anforderungen behauptet: Fähigkeit zum strategischen Handeln ..., Kommunikationsfähigkeit und Kooperationsbereitschaft, ... Unabhängigkeit in Entscheidungen, die Fähigkeit, die eigene ‚Karriere‘ zu managen. (Braun fragt daher): Wie kann es gelingen, für den Erwerb solcher extrafunktionaler Qualifikationen in der Jugendphase die Grundlagen zu schaffen?“ (Braun 2004:135f.)

2.2 Aktuelle Situation

Vor diesem Hintergrund stellt sich die aktuelle Situation für Jugendliche als besonders schwierig dar. Dazu einige Schlaglichter.

- Für das Jahr 2004 zeichnet sich - laut Monatsbericht der Agentur für Arbeit vom Juli 2004 – trotz der Ausbildungsinitiative der Bundesregierung ein weiterer Rückgang an angebotenen Lehrstellen bei einer gestiegenen Zahl von Bewerbern ab, so dass davon auszugehen ist, dass die „Ausbildungslücke“ noch größer wird als im letzten Jahr. Momentan wird sie immer noch mit 162.000 angegeben. Dies verdeutlicht, dass die im „Ausbildungspakt“ seitens der Wirtschaft in Aussicht gestellten 30.000 neuen Lehrstellen nicht ausreichen werden.
- Trotz schulischer oder außerbetrieblicher Maßnahmen blieben über 35.000 Jugendliche, die bereits 2003 die Schule beendet haben, ganz ohne Ausbildungsplatz.
- Experten befürchten, dass mindestens 100.000 Jugendliche in diesem Jahr keinen Ausbildungsplatz bekommen werden.
- Schon jetzt müssen in einigen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit bis zu 60 Prozent der Jugendlichen auf außerbetriebliche Ausbildungsplätze ausweichen. Diese sind aber weiterhin zu wenig anerkannt und bieten oft nur schlechte Chancen

¹ Siehe Schmid (2002)

zur Integration in den Arbeitsmarkt. Die anderen Jugendlichen müssen die Region verlassen oder gehen leer aus.

- Ca. 14 Prozent der Jugendlichen insgesamt bleiben derzeit langfristig ohne berufliche Ausbildung. Von den Jugendlichen, die keinen Schulabschluss erreicht haben, bleiben zwei Drittel ohne Ausbildungsplatz.
- Besonders schwierig ist es weiterhin für junge Frauen, einen Ausbildungsplatz zu finden, weil ihnen in der Regel nur ein eingeschränktes Spektrum von Ausbildungsberufen zugänglich ist. Der Rückgang neuer Ausbildungsverträge (nur noch 23 Prozent der Betriebe bilden aus) geht vor allem zu Lasten junger Frauen. So sank im letzten Jahr die Quote der weiblichen Auszubildenden um fast 5 Prozent, während die der jungen Männer konstant blieb.
- Fast 40 Prozent der jungen Menschen mit Migrationshintergrund bleiben ohne Berufsausbildung. Dies betrifft nicht nur die überdurchschnittlich hohe Zahl von Schulabbrechern in dieser Gruppe (17,9 Prozent gegenüber 8,5 Prozent der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund). Auch gut qualifizierte und hoch motivierte Jugendliche mit Migrationshintergrund haben nicht nur durch die schlechte Ausbildungssituation, sondern auch auf Grund von Diskriminierung und Vorurteilen, besondere Probleme, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Zusätzlich benachteiligt durch solche Prozesse sind junge Migrantinnen.
- Die Arbeitslosenquote von jungen Menschen zwischen 20 und 25 Jahren ist mit 12,2 Prozent anhaltend hoch, unter diesen haben 48 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung und damit sehr wenig Aussichten einen Arbeitsplatz zu finden.

2.3 Zu den Lebenslagen benachteiligter Jugendlicher

Ich möchte im Folgenden in einigen Stichworten die Lebenslagen charakterisieren, in denen sich junge Menschen befinden, die als benachteiligt gelten oder – wie es seit 2002 heißt – einen besonderen Förderbedarf haben.¹

Wenn wir von Lebenslagen sprechen, sprechen wir von sozialer Differenzierung und von sozialen Unterschieden in unserer Gesellschaft. Wir sprechen über unterschiedliche Ressourcen und Chancen gesellschaftlicher Teilhabe, wir sprechen über Spielräume, die die vorgegebene Lebenswirklichkeit für die individuelle Gestaltung des persönlichen Lebens lässt (vgl. Christe 2003).

In einer Untersuchung von Teilnehmern und Teilnehmerinnen an einem Modellprogramm zur beruflichen und sozialen Integration benachteiligter Jugendlicher hat das

¹ Siehe dazu auch Christe (2000 und 2003)

Deutsches Jugendinstitut (DJI) ¹ nahezu 900 Jugendliche und junge Erwachsene nach ihren Herkunftsfamilien und ihren schulischen Erfahrungen gefragt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen gewissermaßen exemplarisch die Problemlagen benachteiligter Jugendlicher:²

- „Die Jugendlichen kommen überdurchschnittlich häufig aus allein erziehenden, kinderreichen, wirtschaftlich schwachen, oft von staatlichen Leistungen abhängigen Familien.
- Die Eltern haben oft nur ein niedriges berufliches Qualifikationsniveau erreicht.
- In den Herkunftsfamilien ist nur wenig Unterstützungspotenzial für die Bewältigung der alterstypischen Entwicklungsaufgaben gegeben.
- Über 40 Prozent der Jugendlichen verfügen lediglich über ein Abgangszeugnis, weitere 7 Prozent über einen Sonder- bzw. Förderschulabschluss sowie mehr als ein weiteres Drittel über einen eher schlechten Hauptschulabschluss.
- Mehr als 60 Prozent mussten während ihrer Schulzeit eine Klassenstufe wiederholen, darunter 18 Prozent mehrere. Als Gründe dafür wurden von gut der Hälfte Leistungsprobleme angegeben, 27 Prozent nannten Gesundheits- und jede/jeder Fünfte Verhaltensprobleme.
- Fast zwei Drittel verabschiedeten sich durch Schwänzen (40% oft, weitere 24% gelegentlich) vorzeitig von der Schule.“ (Braun 2004:127)

Zwar haben Jugendliche generell ein zwiespältiges und überwiegend distanziertes Verhältnis zur Schule, doch den meisten gelingt es in der Regel dennoch, ihr Verhältnis zur Schule erfolgreich zu managen. Schulerfahrungen von benachteiligten Jugendlichen sind dagegen sehr häufig „durch massive Konflikte (mit Lehrerinnen und Lehrern, zum Teil auch Mitschülern und Mitschülerinnen), Scheitern an Leistungs- und Verhaltensanforderungen und vielfältigen Formen der Ausgrenzung (Zurückstellung bei Beginn des Schulbesuches, Klassenwiederholungen, Abstufungen in die nächstniedrige Schulform, Schulverweise) geprägt. Auch sie haben ihre Arrangements mit der Institution Schule bzw. Lehrerinnen und Lehrern getroffen, aber diese Arrangements bestanden häufig darin, dass sie mangelhafte oder ungenügende Noten akzeptierten, dafür aber in Ruhe gelassen wurden. (Sie bestanden auch) darin, dass sie den Unterricht nicht mehr stören, weil sie schwänzten, die Lehrer und Lehrerinnen dafür auf Nachfragen verzichteten.“ (Braun 2004:127f.) Hier haben wir einen wesentlichen Grund für die hohe Quote von Schulverweigerern und Jugendlichen ohne Schulabschluss.

¹ Siehe www.dji.de

² Ich beziehe mich im Folgenden wieder auf den bereits erwähnten Aufsatz von Frank Braun (2004).

2..4 Lebensläufe im Anschluss an solche Schulkarrieren

Nun wäre es allerdings ein Irrtum anzunehmen, diese Jugendlichen wären durch diese negativen Erfahrungen mit der Schule schon so entmutigt, dass sie sich aufgeben würden. Im Gegenteil, die bereits zitierte Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) hat Folgendes gezeigt:

- „Die Mehrheit (dieser benachteiligten Jugendlichen; G.C.) bemühte sich nach Beendigung der Schule mehr oder weniger intensiv um eine berufliche Ausbildung. Immerhin bei etwa einem Drittel kam es auch zur Aufnahme einer Lehre. Fast jeder Dritte von diesen nahm dabei mehrfach Anlauf. Allerdings endeten in allen Fällen diese Versuche früher oder später mit einem Abbruch.
- Über die Hälfte der Jugendlichen hatte vor der Maßnahme im Modellprogramm bereits an einem schulischen Berufsvorbereitungsjahr oder an einer berufsvorbereitenden Maßnahme teilgenommen. Bei nahezu jedem Zweiten kam es zum Abbruch. Einige Jugendlichen haben bereits mehrere Maßnahmenabbrüche hinter sich.
- Über die Hälfte hat bereits Erfahrungen mit längeren Phasen der Erwerbslosigkeit gemacht.
- Unmittelbar vor Eintritt in Maßnahme war knapp die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aktuell arbeitslos. Ein weiteres Viertel hatte andere Maßnahmen beendet bzw. eine Maßnahme oder Ausbildung abgebrochen. Gut jeder fünfte Jugendliche bzw. junge Erwachsene gab an, im letzten Jahr eigentlich nur so ‚rumgehangen‘ zu haben.“ (Braun 2004:128)

3. Förderangebote

Es gibt in Deutschland ein weit ausdifferenziertes System zur Förderung der beruflichen Integration junger Menschen mit den unterschiedlichsten Zuständigkeiten und Rechtsgrundlagen. Um dieses System im einzelnen darzustellen, würde ein einziger Vortrag kaum ausreichen.¹ Zusammenfassend kann man aber in aller Kürze feststellen, dass es drei Pfeiler oder drei Unterstützungssysteme gibt: Arbeitsförderung, Berufsschule und Jugendhilfe, wobei die Angebote der Arbeitsförderung am weitesten ausdifferenziert sind. Auch wenn sich die Aufgabenbereiche und Ziele der drei Systeme oft vielfach überschneiden, hat jedes seine eigene Handlungslogik.

¹ Henning Schierholz hat hierzu einen sehr informativen Überblick in der Festschrift für Jürgen Thiel gegeben; siehe Schierholz (2004)

Abb. 1: Unterstützungssysteme zur beruflichen Integrationsförderung

	Arbeitsförderung	Berufsschule	Jugendhilfe
Institutionalisierte Beratung	Berufsberatung und Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter	—	Kommunale Beratungsstellen oder bei Freien Trägern
Berufsorientierung	tip-Lehrgang	—	niederschwellige Angebote der Ausbildungsorientierung
Berufsvorbereitung	G-/BBE-/F-Lehrgänge	<input type="checkbox"/> Berufsvorbereitungsjahr <input type="checkbox"/> Berufsgrundbildungsjahr <input type="checkbox"/> Berufsfachschule	Berufsvorbereitung (evtl. in Verbindung mit AA-Maßnahme)
Förderung der Berufsausbildung	<input type="checkbox"/> BaE: Berufsausbildung in außerbetrieblichen Maßnahmen <input type="checkbox"/> abH: ausbildungsbegleitende Hilfen	<input type="checkbox"/> Berufsfachschule	Ausbildungsmaßnahmen (evtl. in Verbindung mit AA-Maßnahme)
Übergangsförderung in Beschäftigung	<input type="checkbox"/> Übergangshilfen <input type="checkbox"/> Vorbereitung auf die Aufnahme einer Tätigkeit in einer WfbM	—	—

Quelle: Schierholz (2004:39)

Insgesamt sind es rund eine halbe Million junger Menschen, für die in irgendeiner Form Hilfen beim Übergang in Ausbildung, Beruf und Beschäftigung aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit gefördert werden. Hinzu kommen rund 100.000 Jugendliche, die in der schulischen Berufsvorbereitung sind, d.h. im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), und über 45.000 Jugendliche, die in originären Maßnahmen der Jugendhilfe gefördert werden. Insgesamt sind es somit rund 650.000 junge Menschen, die in der einen oder anderen Form beim Übergang in Ausbildung und Beschäftigung durch öffentliche Förderangebote unterstützt werden.

Nun belegt die Existenz dieser Vielfalt an Fördermöglichkeiten, dass es für Jugendliche, die den Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung nicht gleich geschafft haben, durchaus weitere Chancen gibt, diesen Übergang doch noch zu schaffen. Allerdings zeigen verschiedene Untersuchungen, dass man hier genauer hinschauen muss. Während für viele Jugendliche dieses Fördersystem tatsächlich eine Chance bedeutet, hat es für andere genau die gegenteilige Wirkung. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Maßnahmen mehr oder weniger zusammenhanglos aneinander gereiht werden oder eine längere Abfolge von Maßnahmen und Phasen der Arbeitslosigkeit sich abwechseln.

Die problematische Wirkung des Fördersystems belegen z.B. Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)¹,

¹ Siehe www.iab.de

die im Rahmen der Begleitforschung des Sofortprogramms JUMP Folgendes herausgefunden haben:¹

„Mit steigendem Alter der Jugendlichen sinkt die Übergangswahrscheinlichkeit in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt, d.h. die Verweildauer in Arbeitslosigkeit bis zum erfolgreichen Übergang nimmt zu (...), haben die Jugendlichen bereits vor der beobachteten Arbeitslosigkeit an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilgenommen, wirkt sich dies, unter Kontrolle weiterer Variablen, gleichermaßen negativ auf den Übergangserfolg aus und führt insgesamt zu verlängerten Such- bzw. Wartephasen.“ (Dietrich 2001, zit. nach Braun 2004:129)

3.1 Folgen diskontinuierlicher Übergangsverläufe für die Identitätsentwicklung

Auch für die Identitätsentwicklung der Jugendlichen ergeben sich daraus problematische Konsequenzen. Diskontinuitäten und Umwege gibt es natürlich auch bei Jugendlichen mit höheren Schulabschlüssen. Auch ihnen gelingt der Berufseinstieg nicht selten nur mit Verzögerung, doch entscheidend ist, dass der Berufseinstieg hier zumeist nie wirklich gefährdet ist. „Ähnliches gilt für die benachteiligten Jugendlichen, denen es gelingt, eine ‚sinnvolle‘ Abfolge von Förderschritten zu absolvieren, wobei den ersten Schritten nach Verlassen der allgemein bildenden Schule eine hohe Bedeutung zukommt.“ (Braun 2004:130)

Ganz anders sehen dagegen die Lebensläufe derjenigen Jugendlichen aus, „für die sich an eine Abfolge von Niederlagen und Verletzungen in der allgemein bildenden Schule eine Aneinanderreihung von biographisch nicht passenden Förderangeboten anschließt. Die Konsequenz sind Negativspiralen, in denen das Arbeitsvermögen weniger erworben als entwertet, Selbstachtung nicht ausgebaut, sondern zerstört wird.“ (ebd.)

3.2. Was wollen Jugendliche?

Trotz der hier kurz skizzierten erheblichen Problembelastungen weisen diese Jugendlichen gleichwohl ein ausgeprägtes Streben nach Normalität auf, bezogen auf ihre Berufswahlmotive und Lebensziele. Dies haben bereits frühere Untersuchungen gezeigt², und die bereits zitierte Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) hat dies wieder bestätigt:

- allein erziehende junge Frauen wollen auch unter schwierigsten Lebensbedingungen die Bemühungen um wirtschaftliche Selbständigkeit nicht aufgeben;
- beruflich und sozial bereits marginalisierte junge Erwachsene in „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ streben trotz zahlreicher verpasster Chancen,

¹ Siehe dazu vor einigen Jahren schon Schäfer (1997)

² Siehe z.B. Baethge/Hantsche/Pelull/Voskamp (1989)

einem Leben häufig an der Armutsgrenze und häufig auch am Rande der Legalität, sehr oft den Abschluss einer Berufsausbildung an;

- Jugendliche in Maßnahmen der Jugendberufshilfe begreifen Beruf und Berufsarbeit als unverzichtbare Instrumente der Existenzsicherung (Braun 2004:133).

Der Verwirklichung dieses Ziels einer „Normalbiographie“ stehen allerdings in unterschiedlichem Maße ungünstige Verhältnisse und unzureichende Mittel entgegen. Gleichwohl ist diese Orientierung an der Normalität ein guter Anknüpfungspunkt für pädagogische Angebote mit eindrucksvollen Ergebnissen, wie die Kollegen und Kolleginnen aus der Jugendberufshilfe anhand unzähliger Beispiele belegen können¹:

- „als ‚nicht beschulbar‘ etikettierte Jugendliche bereiten sich erfolgreich in Kursen der Jugendsozialarbeit auf den Erwerb von Schulabschlüssen vor;
- in der außerbetrieblichen Ausbildung werden vermeintlich nicht ausbildungsfähige Jugendliche zu anerkannten Abschlüssen gebracht;
- Ausbildungsabbrecher werden – von Fachkräften der Jugendsozialarbeit flankierend begleitet – in normalen Betrieben und in regulären Ausbildungsberufen zum erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung geführt.“ (Braun 2004:134)

4. Perspektiven und Folgerungen

4.1 Entwicklung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Zunächst sind sich alle Arbeitsmarktforscher darin einig: Die Arbeitsmarktchancen der Geringqualifizierten verschlechtern sich zunehmend: „Im Jahr 2002 waren in Westdeutschland jede fünfte und in Ostdeutschland sogar jede zweite Erwerbsperson ohne Berufsabschluss arbeitslos. Die Schere des Arbeitslosigkeitsrisikos klafft zwischen den unteren und oberen Qualifikationsebenen immer stärker auseinander – besonders ausgeprägt in den ostdeutschen Bundesländern. Hinter diesen Veränderungen stehen auf der einen Seite deutliche Stellenverluste für gering Qualifizierte, leichte Zugewinne für beruflich Qualifizierte und massive Stellenzuwächse bei den Akademikern.“ (Reinberg/Hummel 2004:3)

Selbst von günstigen ökonomischen Rahmenbedingungen mit einem Wirtschaftswachstum von vier bis fünf Prozent konnten Geringqualifizierte nicht profitieren. Ihr Beschäftigungsstand halbierte sich zwischen 1975 und 2000, obwohl im gleichen Zeitraum das Bruttoinlandsprodukt um fast 60 Prozent wuchs. Die Arbeitsmarktforscher des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur

¹ Siehe dazu auch die Übersicht, die das Good Practice Center des Bundesinstituts für Berufsbildung (GPC) gibt; www.good-practice.bibb.de

für Arbeit¹ kommen deshalb zu dem Schluss, dass Wirtschaftswachstum in realistischen Größenordnungen alleine das Problem der Geringqualifizierten, die heute fast 40 Prozent aller Arbeitslosen stellen, auf dem Arbeitsmarkt nicht lösen kann. „Diese grundlegenden Trends werden sich aller Voraussicht nach auch künftig fortsetzen. Der Bedarf an hoch Qualifizierten wird weiter steigen – sowohl in relativen als auch in absoluten Größen betrachtet. Umgekehrt werden für gering Qualifizierte weitere massive Beschäftigungseinbußen erwartet.“ (Reinberg/Hummel 2004:5)

Diese Situation verschärft sich dadurch, dass wir heute eine Bildungsstagnation beobachten können, insbesondere bei den jüngeren Altersgruppen. Während sich bis zu den 90er Jahren der Anteil Ungelernter in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter massiv verringert hat und der Anteil der beruflich Qualifizierter deutlich gestiegen ist, verharrt der Anteil Ungelernter seit Beginn der 90er Jahre auf einem Niveau von gut 20 Prozent (siehe Reinberg/Hummel 2004:8).

4.2 Benachteiligte Jugendliche als „Bildungsreserve“

Dies muss jedoch – so die Forscher des IAB – nicht Anlass zu Pessimismus geben, denn: „Nur etwa 13 Prozent der Personen ohne Berufsausbildung besitzen keinen allgemein bildenden Schulabschluss. Gut zwei Drittel verfügen über einen Hauptschulabschluss und ein kleiner Teil sogar über einen höheren Bildungsabschluss. Von mangelnder Bildungsfähigkeit kann also beim Großteil dieser Gruppe kaum gesprochen werden. Außerdem sind etwa ein Drittel derselben jünger als 35 Jahre und haben ohne zusätzliche Qualifizierung ein risikoreiches Erwerbsleben vor sich.“ (Reinberg/Hummel 2004:10).

Daraus ziehen die Forscher des IAB einen auch für die Benachteiligtenförderung wichtigen Schluss: „Dieser Personenkreis sollte nicht länger als Problemgruppe auf dem Arbeitsmarkt angesehen, sondern als echte Bildungsreserve behandelt werden – eine Forderung, von der wir heute allerdings noch weit entfernt sind.“ (Reinberg/Hummel 2004:10).

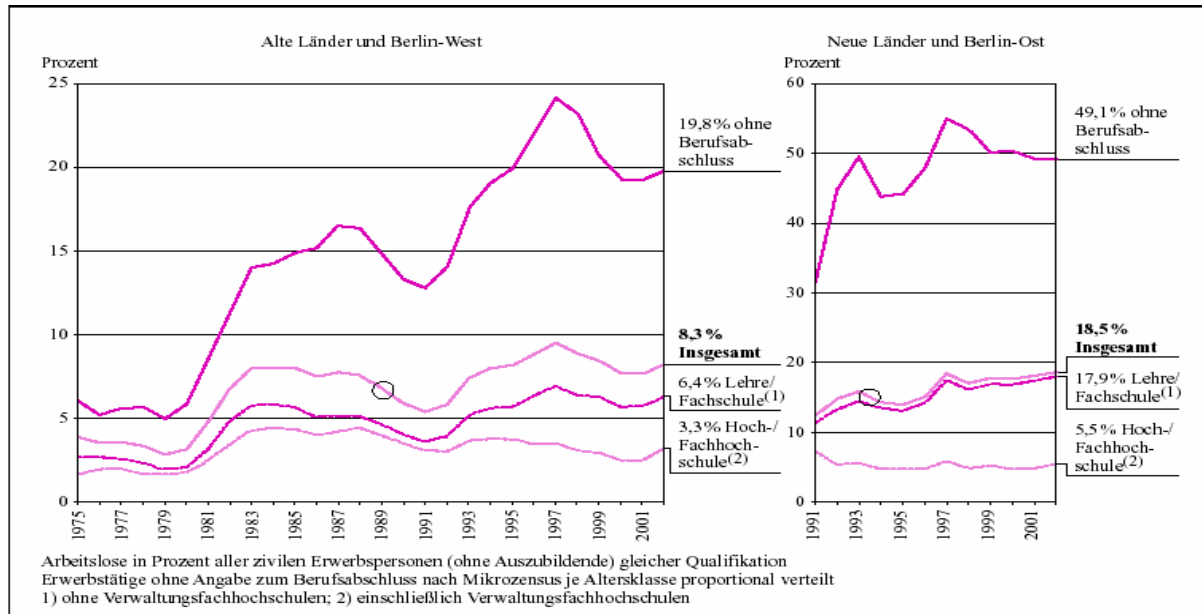
Angesichts der im Zuge der Hartz-Reformen favorisierten „work-first-Ansätze“² ist, auch wenn sich hier inzwischen offenbar eine Abschwächung andeutet und Ausbildung für Jugendliche ein stärkeres Gewicht bekommen soll, nicht wirklich Land in Sicht. Unter individuellen wie volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten wird hier aus meiner Sicht ein fataler Paradigmenwechsel vollzogen. Ich sehe hier ein zentrales Problem für die berufliche und soziale Integration benachteiligter junger Menschen. Dringend erforderlich wäre eine breit angelegte Bildungsoffensive auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung wie auch der Weiterbildung (siehe Rein-

¹ Siehe www.iab.de

² Siehe dazu z.B. Reis 2003, Wende 2004

berg/Hummel 2004:10). Dies belegen unter anderem auch die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten.

Abb 2: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten 1975 – 2002 (Männer und Frauen)

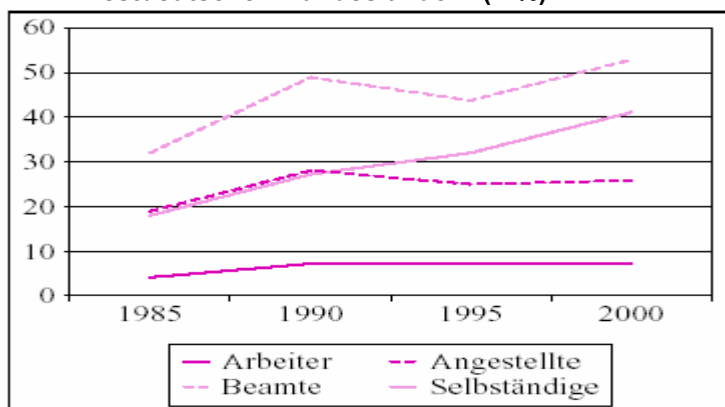


Quelle: Reinberg/Hummel (2004:4)

4.3 Bildungssystem als Zugangsbarriere zu Bildung

Ein weiteres Problem ist unser Bildungssystem. Statt durch Durchlässigkeit und Chancengleichheit zeichnet sich das Bildungssystem in Deutschland seit Jahrzehnten durch im Prinzip unveränderte Selbstrekutierungseffekte aus. Ein paar Zahlen mögen dies belegen: Im Jahr 1996 besuchten von 100 Kindern aus gehobenen sozialen Schichten 84 das Gymnasium und 72 eine Hochschule; von 100 Kindern aus schwächeren sozialen Schichten besuchten 33 das Gymnasium und 8 eine Hochschule (siehe Schönig/Farhauer 2004:21).

Abb. 3: Bildungsbeteiligung von Studienanfängern nach beruflicher Stellung des Vaters in den westdeutschen Bundesländern (in%)



Quelle: Schönig/Farhauer (2004:17)

Für unsere Diskussion wichtig ist, was bereits die Ergebnisse der PISA-Studie gezeigt haben: Die Bildungschancen verteilen sich systematisch entlang den Barrieren sozialräumlicher Ungleichheit und verstärken hier die bestehende Disparität. „In sozialökonomisch benachteiligten Stadtteilen (hohe Sozialhilfedichte, hoher Arbeiter- und Ausländeranteil) ist der Anteil von Abiturienten geringer; dafür liegt der von ‚bildungsarmen‘ Schulabgängern ohne Schulabschluss (vor allem ausländischer Jugendlicher) dramatisch über dem Durchschnitt.“ (Schönig/Farhauer 2004:22)

4.4 Sozialräumliche Bildungspolitik als Notwendigkeit

Konsequenz hieraus müsste sein, Bildungspolitik verstärkt sozialräumlich auszurichten, „damit Abwärtsspiralen möglichst vermieden werden. Unmittelbare Folge der Kumulierung von Problemlagen ist eine Verschlechterung der Situation in den Schulen vor Ort, was eine weitere Entmischung der Schülerschaft und ein weiteres Absinken der Ausbildungsqualität in den benachteiligten Stadtteilen mit sich bringt.“ (ebd.)

Ganz aktuell müsste Bildungspolitik zunächst so angelegt sein, „die sich verstärkende Segregation aufzufangen. Dies kann nur durch eine verstärkte Förderung der Schulen in benachteiligten bzw. prekären Stadtteilen geschehen. Diese besondere Förderung ist auch deshalb notwendig, weil diese Stadtteile den Großteil der Integrationslasten ausländischer Familien tragen. Wenn die Politik Mut zur Intervention fände, könnten Bildungsstätten in der Region – eingebunden in regionale und lokale Netzwerke – zum Katalysator positiver Entwicklungen werden.“ (Schönig/Farhauer 2004:22f.)

Statt dessen existieren nach wie vor schichtenspezifische Zugangsbarrieren zu Bildung. Ein Abbau dieser Barrieren ist nicht in Sicht. „Zugangsschwellen mögen von hochbegabten Kindern auch dann überwunden werden, wenn sie aus benachteiligten Familien stammen. Für den Großteil der durchschnittlich begabten Kinder aus benachteiligten Familien stellen sie jedoch ein reales Hemmnis dar.“ (ebd.)

4.5 Voraussetzungen für bildungspolitischen Kurswechsel

Eine verstärkte Bildungsförderung hätte, wie Schönig/Farhauer zu zeigen versuchen, in dreierlei Hinsicht positive Effekte für weite Teile der Bevölkerung: Sie würde zur Eindämmung weiterer Einkommensspreizung, zur Verminderung der qualifikatorischen Arbeitslosigkeit und zur Förderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums führen (2004:21f.). Bundesweit durchgeführte Sparmaßnahmen im Bereich von Bildung und Ausbildung bei fast allen Gebietskörperschaften erscheinen vor diesem Hintergrund geradezu irrational.

Warum also, so muss man sich fragen, werden in Deutschland – ungeachtet des Wissens um die positiven Einflüsse der Bildungspolitik auch auf das langfristige Wirt-

schaftswachstum¹ – nicht verstärkt bildungspolitische Maßnahmen ergriffen, die die qualifikatorische Arbeitslosigkeit senken und die Einkommensspreizung eindämmen?² Die Erklärung hierfür ist darin zu finden, dass dies an politische Voraussetzungen geknüpft ist, die nicht gegeben sind. Zum einen haben staatliche Investitionen in „Humankapital“ erst langfristig Erfolg, Politiker denken aber jeweils nur in kurzen Zeiträumen (Wahlperiode). Der Politik fehlt der lange Atem, „um nachhaltige Investitionen ... ‚in die Köpfe seiner Bevölkerung‘ durchzuführen.“ (Schönig/Farhauer 2004:23).

Zum anderen – und dies scheint mir wesentlich schwerwiegender zu sein – müssten die bislang privilegierten Schichten einer verstärkten Förderung der benachteiligten Kinder zustimmen. Dafür, dies zu tun, könnte es zwei Motive geben: zum einen die Einsicht in die moralisch-ethische Notwendigkeit, zum anderen das schlichte Eigeninteresse an sozialer Stabilität. Offensichtlich spielt das erste Motiv keine Rolle. Und was das zweite Motiv anbelangt, so gibt es für die privilegierten Schichten bislang wenig Grund, dieses Motiv sich zu eigen zu machen, sind doch die Chancen, Arbeitslosigkeit und versperrte Bildungschancen als konkretes Schicksal persönlich zu erleben, bislang (noch) recht begrenzt.³

So fällt die Bilanz derzeit eher ernüchternd aus. Bislang dürfte fraglich sein – die aktuelle Bildungsdebatte über die Befunde der PISA-Studie wie auch des gerade veröffentlichten OECD-Reports belegen dies ja sehr anschaulich –, „ob sich überhaupt politische Mehrheiten finden werden, die den Bildungsvorsprung der gehobenen Mittelschichten in Frage stellen wollen.“⁴ (Schönig/Farhauer 2004:23) Insofern sind die Voraussetzungen für die Durchsetzung einer Bildungspolitik, die in breitem Maßstab auf eine Verminderung der Zugangsbarrieren zum Bildungssystem angelegt wäre, derzeit nach wie vor denkbar schlecht.

¹ Siehe dazu Schönig/Farhauer, die unter Bezug auf verschiedene Studien zeigen, dass sich das Pro-Kopf-Wachstum umso schneller entwickelt hat, je besser die Schulbildung der Bevölkerung war, und dass es einen signifikant positiven Effekt der öffentlichen Bildungsausgaben auf die Wachstumsraten gibt (2004:21).

² Siehe dazu auch Afheldt (2003)

³ Siehe dazu allerdings Butterwegge (2004), der darauf hingewiesen hat, dass das Armutsrisiko inzwischen bis in die bürgerlichen Mittelschichten hinein reicht (siehe Frankfurter Rundschau vom 31.08.2004 bzw. Butterwegge, C.: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland; erscheint im November/Dezember 2004).

⁴ Widerstand ist unmittelbar aus der Mittelschicht zu erwarten, die heute Hauptnutznießer (und Hauptfinanzier!) des öffentlichen Bildungswesens ist. Hinzu kommt, dass sich im Zuge des demographischen Wandels die Anzahl kinderloser Haushalte erhöht, die nur indirekt von Bildungssubventionen profitieren.

5. Fazit

Abschließend möchte ich noch einmal auf den Elften Jugendbericht zurückkommen, der festgestellt hat: „Staat und Gesellschaft müssen die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen so gestalten, dass die Eltern und die jungen Menschen für sich selbst und für einander Verantwortung tragen können“ (2002, S. 42). Es muss Aufgabe der Politik sein, *alle* Kinder und Jugendlichen bei der Erfüllung ihrer Entwicklungsaufgaben und bei der Bewältigung ihrer Lebensprobleme zu fördern (ebd.). Dies bedeutet nicht zuletzt Bildung und Ausbildung als *zentrale* Voraussetzung für berufliche und soziale Teilhabe und für die Führung eines materiell selbständigen Lebens. Die Realität spricht dagegen eine andere Sprache. Während Bildung und Ausbildung für *alle* angesichts der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wie in der Gesellschaft immer wichtiger werden, favorisiert das geplante SGB II bislang Beschäftigung vor Ausbildung.¹

Was bedeutet dies nun für benachteiligte Jugendliche?

Lothar Böhnisch hat bereits vor zehn Jahren (siehe Böhnisch 1994) auf das Auseinanderdriften von Norm – im Sinne von moralischem Druck, Erwerbsarbeit zu leisten (weil sonst die Gemeinschaft belastet wird) – und Normalität – keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden – hingewiesen und dieses Auseinanderdriften anomisch genannt (zit. nach Braun 2004:136). Das Wörterbuch übersetzt diesen Fachbegriff mit „gesetzlos“, „gesetzwidrig“ oder auch als „Zustand mangelnder sozialer Ordnung“ oder „Zusammenbruch der kulturellen Ordnung“. Frank Braun hat die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sehr prägnant so auf den Punkt gebracht: „Die Folge ist: Die Jugendlichen geraten in ein Orientierungsdilemma oder werden orientierungslos. Politiken und Programme zur beruflichen Integration müssen sich daran messen lassen, ob sie Orientierung schaffen oder das Orientierungsdilemma verschärfen.“ (Braun 2004:136).

Literatur

Afheldt, H. (2003): *Wirtschaft, die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft*. München

Baethge, M./Hantsche, B./Pelull, W./Voskamp, U. (1989): *Jugend: Arbeit und Identität. Lebensperspektiven und Interessenorientierungen von Jugendlichen*. Studie des SOFI Göttingen. Zweite durchgesehene Auflage, Opladen

¹ Dies ist inzwischen offenbar abgeschwächt worden. Man wird allerdings beobachten müssen, wie dies in der konkreten Umsetzung aussieht, und ob nicht doch unter der Hand „work first“ dominieren wird. Siehe dazu auch die gerade gestartete Untersuchung von Lutz Wende und Gerhard Christe „Jugendsozialarbeit im Wandel“; die der Frage nachgeht, welche Auswirkungen die Reformagenda 2010 und der damit verbundene Umbau des Sozialstaats auf die berufliche und soziale Integration benachteiligter junger Menschen hat. Die Projektbeschreibung findet sich unter: www.iaj-oldenburg.de

- Böhnisch, L. (1994): Gespaltene Normalität. Lebensbewältigung und Sozialpädagogik an den Grenzen der Wohlstandsgesellschaft. Weinheim/München
- Bonifer-Dörr, G./Vock, R. (Hg.) (2004): Berufliche Integration junger Menschen mit besonderem Förderbedarf. Heidelberg
- Braun, F. (2004): Lebenslagen junger Menschen am Übergang zu Ausbildung und Erwerbsarbeit; in: Bonifer-Dörr, G./Vock, R. (Hg.) (2004): Berufliche Integration junger Menschen mit besonderem Förderbedarf. Heidelberg, S. 119-136
- Butterwegge, C. (2004): Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. Köln; auszugsweiser Vorabdruck in: Frankfurter Rundschau vom 31. August 2004, S. 7
- Christe, G. (2000): Spezifische Problemlagen von benachteiligten Jugendlichen heute; in: BBJ SERVIS, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zugänge zu Arbeit und Beruf – Anregungen zur Kooperation in sozialen Brennpunkten, Berlin, S. 11-41
- Christe, G. (2003): Lebenslagen junger Menschen und Herausforderungen für die Jugendsozialarbeit in Niedersachsen; in: Grimm, A. (Hg.): Forum Jugendsozialarbeit. Bestandsaufnahme und Perspektiven für Niedersachsen. Rehburg-Loccum, 1. Auflage, S 31- 54.
- Dietrich, H. (2001): Wege aus der Jugendarbeitslosigkeit – von der Arbeitslosigkeit in die Maßnahme? in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 4/2001, S. 449-439
- Elfter Kinder- und Jugendbericht (2002). Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Hrsg. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Bonn, Februar 2002
- Reinberg, A./Hummel, M. (2004): Fachkräftemangel bedroht Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B28/2004 vom 5. Juli 2004, S. 3-10)
- Reis, C. (2003): Hartz-Gesetzgebung - Was wird aus benachteiligten jungen Menschen; in: Jugend-Beruf-Gesellschaft, Heft 2/2003
- Schäfer, H. (1997): Abgedrängt – der Einfluss des Übergangssystems auf die Marginalisierungsprozesse junger Männer am Arbeitsmarkt; in: Felber, H. (Hg.): Berufliche Chancen für benachteiligte Jugendliche? Orientierungen und Handlungsstrategien. München, S. 255-354
- Schierholz, H. (2004): Strategien zur Integrationsförderung beim Übergang zu Ausbildung und Beschäftigung. Ein Überblick; in: Bonifer-Dörr/Vock (2004), S. 19-48
- Schmid, G. (2002): Wege in die Vollbeschäftigung. Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt-M./New York
- Schöning, W./Farhauer, O. (2004): Bildungsförderung, Verteilungspolitik und soziale Durchlässigkeit; in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 28/2004, S. 17-23
- Wende, L. (2004): Zur Implementation des SGB II und mögliche Folgen für die Jugendsozialarbeit; in: Jugend-Beruf-Gesellschaft, Heft 2/2004, S. 75-81